Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Durlacher Tagblatt. 1920-1964
1932

287 (7.12.1932)

Visual Library

Durlacher Tageblatt

(Durlacher Wochenblatt gegründet 1829) mit den amtlichen Bekanntmachungen für den Amtsbezirk Karlsruhe.

Erscheint täglich nachmittags, Sonn- u. Feiertage ausgenommen. Bezugspreis: Durch unsere Boten frei ins Haus im Stadtbereich monatlich 1,50 Mark. Einzelnummer und Belegblatt 10 Pfennig.

Druck u. Verlag: Buchdruckerei A. Dups, Durlach, Mittelstr. 6. Fernsprecher 204. Postscheckkonto Karlsruhe Nr. 10101.

Anzeigenberechnung: Die 8gespaltene Millimeterzeile 8 Pfennig, Reklamezeile 25 Pfennig. Schluß der Anzeigenannahme tags zuvor nachm. 4 Uhr, für dringliche Familienanzeigen am Erscheinungstag 1/2 9 Uhr vorm. Für Platzvorschriften und Tag der Aufnahme kann keine Gewähr übernommen werden. Im Falle höherer Gewalt hat der Bezieher keine Ansprüche bei verspätetem oder Nichterscheinen der Zeitung.

Nr. 287 — **Mittwoch, den 7. Dezember 1932** — **104. Jahrgang**

Kurze Tagesübersicht

Im Reichstag, der am Dienstag zum erstenmal zusammentrat, wurde Abg. Göring zum Präsidenten gewählt. Vizepräsidenten wurden Esser (Z.), Rauch (B. Vp.) und Löbe (Soz.).

•

Der Reichstag wird am Mittwoch den nationalsozialistischen Gesetzentwurf über die Vertretung des Reichspräsidenten beraten.

•

Der Völkerbundsrat hat beschlossen, zur Begutachtung über den Konflikt zwischen Bolivien und Paraguay eine Kommission an Ort und Stelle zu entsenden.

•

In Genf fand am Dienstag die Fünfmächte-Besprechung zur Abrüstungsfrage statt. Herriot und Macdonald sind abgereist, die Besprechungen gehen aber weiter.

•

Auf dem Flugplatz Staaken stürzte am Dienstag ein Sportflugzeug ab. Die Pilotin von Löben erlitt schwere Verletzungen.

•

Der amerikanische Senator Borah sagt die Anerkennung Amerikas durch den nächsten Kongreß voraus.

•

Auf der Fünfmächtekonferenz in Genf hat Deutschland die Einsetzung eines Sachverständigenausschusses der fünf Mächte vorgeschlagen, der bis spätestens Ende Januar die allgemeinen Richtlinien für die endgültige Regelung der Gleichberechtigungsfrage festlegen soll. Dieser Vorschlag stößt vorerst noch auf Widerstand. Man hofft, auf der heutigen Fünfmächtebesprechung eine Einigung zu finden.

Hitler an seine Fraktion

In der nationalsozialistischen Reichstagsfraktion nahm, wie die Reichspressestelle der NSDAP mitteilt, Adolf Hitler das Wort und legte in mehr als einstündigen Ausführungen nach einem Rückblick auf die letzten politischen Ereignisse die Richtlinien fest, die für die Haltung der Reichstagsfraktion der NSDAP. im kommenden Kampfe maßgebend sein werden. Ausgehend von den immer gleichbleibenden weltanschaulichen Zielen und der großen nationalen Aufgabe der Bewegung, von der Millionen Deutscher als Erfüllung ihres Sehnens nach einer besseren deutschen Zukunft erwarten, gab er seiner durch nichts zu erschütternden Ueberzeugung Ausdruck, daß Energie und eiserne Zähigkeit der nationalsozialistischen Idee den Sieg sichern werden. Niemals habe eine große Bewegung gesiegt, wenn sie den Weg des Kompromisses eingeschlagen habe. Je mehr die Ereignisse zur Entscheidung drängten, um so mehr Opfer erfordere der Kampf. Entscheidend sei allein, wer in diesem Kampf das letzte Aufgebot und das letzte Bataillon auf die Walstatt bringe. Es sei nicht wahr, daß die NSDAP in Thüringen eine Niederlage erlitten habe. Wenn man schon diese Gemeindewahlen als politischen Maßstab nehmen wolle, dann stelle er fest, daß die NSDAP insgesamt in Thüringen prozentual im Verhältnis zu den anderen Parteien nicht zurückgegangen sei, sondern sogar gegenüber der letzten Reichstagswahl im Verhältnis etwas gewonnen habe. In zahlreichen Gemeinden sei sogar die Stimmenzahl der letzten Reichstagswahl überschritten worden. Nichts werde die nationalsozialistische Bewegung in ihrem Kampfeswillen und in ihrer Kampfesentschlossenheit erlahmen lassen. Sie habe den längeren Atem und wurde daher auch den letzten Sieg erringen.

Massenmeuterei in Nord-China

Gewaltsamer Uebertritt chinesischer Truppen auf russisches Gebiet — General Supingwen mit Stab interniert

Moskau, 6. Dez. (Tel.-Ag. der Sowjetunion.) In der Nacht zum 5. Dezember flüchteten annähernd **1000 chinesische Soldaten** von der Station Mandschuri aus in einem Eisenbahnzug auf sowjetrussisches Gebiet. Sie wurden dort vom Sowjetgrenzschutz entwaffnet und interniert. Unter ihnen befindet sich General Supingwen mit seinem ganzen Stabe.

Der Uebertritt der flüchtenden chinesischen Truppen auf russisches Gebiet erfolgte **gewaltsam**. Da der sowjetrussische Stationsvorsteher in Mandschuria sich weigerte, für die Soldaten einen Zug abfahren zu lassen, stellten sie eigenmächtig einen aus 43 Wagen bestehenden Zug zusammen und fuhren damit ab. Die Soldaten führten in drei Wagen **japanische Ansiedler und chinesische Angestellte** des Staates Mandschukuo mit, die auf dem von Supingwen besetzten Gebiet wohnten. Die Japaner und die chinesischen Zivilisten werden auf Wunsch von den Sowjetbehörden nach der Mandschurei oder nach Japan weiterbefördert.

Zur Katastrophe des japanischen Zerstörers

Tokio, 6. Dez. Nur langsam laufen nähere Einzelheiten über die Katastrophe des Zerstörers „Sawarabi" ein. Entgegen den ersten Berichten ist das Schiff nicht abgesackt, sondern gekentert. Es treibt kieloben, so daß Hoffnung besteht, es noch bergen zu können. Leider ist über das Schicksal der vermißten 106 Mann Besatzung noch nichts bekannt und man befürchtet, daß sie alle ums Leben gekommen sind.

Die Eröffnung des Reichstags

Das äußere Bild — Vor dem Zusammentritt

Berlin, 6. Dez. Im Reichstag herrschte schon vom frühen Morgen an lebhafte Tätigkeit. Wie auch sonst, so hatten sich auf den Straßen und im Tiergarten rings um das Reichstagsgebäude zahlreiche Neugierige eingefunden, namentlich junge Leute, die durch ihr Verhalten die Polizei manchmal zum Einschreiten zwangen. Vor dem Schalter, an dem die Eintrittskarten für das Publikum ausgegeben werden, bildete sich bereits um 7 Uhr früh eine Schlange, doch wurde den Interessenten sofort gesagt, daß nur 25 Karten zur Verteilung gelangen können, da die übrigen bereits seit Tagen von den verschiedenen Behörden vergeben sind.

Nach althergebrachter Sitte fand aus Anlaß der Eröffnung des Reichstages im Dom ein Gottesdienst für die Mitglieder der Reichsregierung, des Reichsrates und des Reichstages statt. Die Domgeistlichkeit empfing im Vorraum des Domes den Reichspräsidenten von Hindenburg, der punkt 12 Uhr in Begleitung von Staatssekretär Dr. Meißner erschienen war. An dem Gottesdienst nahmen außerdem der Reichsfinanz- und der Reichswirtschaftsminister teil. Der Vizepräsident des evangelischen Oberkirchenrats, Oberdomprediger D. Burghardt, hielt die Predigt. Der Reichstagsabgeordnete Domkapitular Prälat Ulitzka zelebrierte im St. Hedwigs-Dom ein feierliches Hochamt an dem viele Abgeordnete der Zentrumspartei und der Bayerischen Volkspartei teilnahmen. Unter ihnen bemerkte man u. a. den ehemaligen Reichskanzler Dr. Brüning, die früheren Minister Stegerwald und Wirth, sowie Prälat Kaas und den langjährigen Vizepräsidenten des Reichstages, Esser.

In der **Fraktionsführerbesprechung**, die mittags im Reichstag als Ersatz für den noch nicht bestehenden Aeltestenrat stattfand, einigte man sich zunächst darüber, daß in der ersten Sitzung des Reichstages **außer der Konstituierung auch schon die Wahl des neuen Präsidiums und die Besetzung der wichtigsten Ausschüsse vorgenommen werden soll.**

Daran schloß sich eine lebhafte Aussprache über die weiteren Dispositionen des Reichstages, die jedoch nicht zu einer Einigung führte. Von nationalsozialistischer Seite wurde angeregt, sofort noch das Stellvertretergesetz in allen drei Lesungen zu verabschieden. Dagegen wurde jedoch von den meisten Fraktionen Einspruch erhoben. Staatssekretär Planck erklärte, das neue Kabinett bedürfe zur Vorbereitung seiner sachlichen Arbeiten noch einige Zeit. Die Sozialdemokraten verlangten daraufhin, die Regierungserklärung solle wenigstens in den nächsten Tagen abgegeben werden; daran solle sich zugleich die Beratung der Initiativgesetze knüpfen. Von Zentrumsseite wurde angeregt, vor der Vertagung des Reichstages wenigstens diese Entwürfe noch zu beraten. Zu einer Einigung darüber kam es jedoch nicht. Die Entscheidung über die Tagesordnung der nächsten Sitzung wird also vom Plenum des Reichstages selbst gefällt werden.

•

Die erste Sitzung

Der Sitzungssaal und die Tribünen, auch die Diplomatenloge, sind bis auf den letzten Platz besetzt. Wenige Minuten vor 3 Uhr strömten die Nationalsozialisten, die wieder geschlossen in Parteiuniform auftraten, in den Saal. Die Regierungsbänke bleiben leer, während am Reichsratstisch die Vertreter der Länder Platz genommen haben.

Der

Alterspräsident von Litzmann,

der in Zivil ist, wird von den sämtlich in Parteiuniform erschienenen Nationalsozialisten mit Heilrufen begrüßt. Der Alterspräsident dankt mit dem Faschistengruß. Die Kommunisten rufen: „Nieder!" und „Der General der geschlagenen Armee!"

Nach der üblichen Feststellung, daß kein älteres Mitglied als er dem Reichstag angehört, eröffnet Abgeordneter von Litzmann (NS.) als Alterspräsident die erste Sitzung des neuen Reichstages mit **einer längeren Rede.** Unsere Machthaber, so führte er aus, haben in den letzten 14 Jahren sich reichlich Mühe gegeben, das deutsche Volk an Enttäuschungen zu gewöhnen. (Zurufe der Kommunisten.) Die Enttäuschungen vom 13. August und 25. November schlagen trotzdem schmerzliche Wunden. Das Volk hoffte, daß nach dem jahrelangen fruchtlosen Experimentieren der Reichspräsident die befreiende Tat eintreten lassen würde und glaubte, daß er, wie früher, den Führer der stärksten politischen Bewegung mit der Führung der Regierung betrauen würde. Das hätte in diesem Falle den Mann betroffen, der allein fähig ist, das Vaterland zu retten. (Beifall bei den Nationalsozialisten. — Gelächter links und Rufe der Kommunisten: „Nieder mit Hitler!") Aber statt vor allem zu fragen, wer denn überhaupt imstande sei, die jetzige Lage zu beherrschen (Zuruf bei den Kommunisten: „Ihr niemals!") hat man sich tagelang über die Begriffe „parlamentarische Regierung", „Präsidialregierung" usw. unterhalten und hat ein Scheingefecht geführt. Man wollte eben unserem Führer nicht die Macht überlassen, man hat ihm darum unerfüllbare Bedingungen gestellt. (Zuruf bei den Soz.: „Ich denke er kann alles?") Derselbe Herr Reichspräsident, der einem Hermann Müller, einem Brüning und einem Franz von Papen sein volles Vertrauen geschenkt hatte (Zuruf bei den Kom.: „Wofür Sie den breiten Rücken hinhielten!") versagte sein Vertrauen dem Manne, in dem Millionen Deutscher den Größten und Besten sehen, den Deutschland gegenwärtig besitzt. (Stürmischer Beifall bei den Natsoz., Lachen bei den Soz. und bei den Kom.), der seit 14 Jahren und länger an dem Problem gearbeitet hat, wie Deutschland zu retten ist. In seinem Briefe an den Reichspräsidenten vom 23. November, der an Geradheit, Klarheit, Wärme (Lachen links und Rufe: Röhm!) nicht zu übertreffen ist, hat Adolf Hitler unter dem Einsatz seiner Person (Zuruf bei den Kom.: Siehe Bürgerbräukeller!) sich dem Herrn Reichspräsidenten zur Verfügung gestellt. Dieser hat ihn abgelehnt! (Gelächter und Rufe links: Das glauben wir!) Das Ergebnis der Papen-Regierung ist innerpolitisch das Chaos, außenpolitisch die Isolierung Deutschlands. Die Not des deutschen Volkes (Zuruf bei den Soz.: An der Ihr schuld seid!) ist grenzenlos. Im Monat Oktober d. J. haben in Berlin 193 Menschen sich selbst das Leben genommen. (Zurufe bei den Kom.: Aber keine pensionierten Offiziere?!) Täglich bekomme ich erschütternde Briefe von ehemaligen Untergebenen und ihren Hinterbliebenen. So schreibt einer aus Frankfurt a. O.: „Unsere Speise sind Tränen. Wir stehen am Ende unserer Kraft. Wir sind der Verzweiflung nahe und nur der Tod kann uns retten." In einem anderen Brief heißt es: „Ich bitte Sie inständig, Herr General, sorgen Sie dafür, wenn Hitler Reichskanzler wird, daß diese unglückliche Notverordnung des Reichspräsidenten über die Rentenkürzung der Teufel holt." (Zurufe bei den Kom.: Wir werden Ihnen Gelegenheit geben!) Durch diese Verordnung werden die Leute zu Kommunisten gemacht! (Große Heiterkeit links.) Die Briefschreiber sind der Meinung, daß der Reichspräsident über die Zustände in Deutschland nicht im Klaren ist. Genau 18 Jahre ist es her, daß Feldmarschall von Hindenburg sich zum Retter Deutschlands machte. Am 23. November 1914 fand der Durchbruch nach Brzesny statt, im Anschluß daran die Schlacht bei Lodz. (Zuruf bei den Kom.: Wo waren Sie damals? In der Etappe?) Die glückliche Wendung war durch meine Infanteriebrigade herbeigeführt und Hindenburg gab zu, daß er uns den Feldmarschallstab zu danken habe. Heute handelt es sich darum, daß er dem historischen Fluch entgeht, das deutsche Volk zur Verzweiflung getrieben, dem Bolschewismus preisgegeben zu haben (Hu!-Rufe bei den Kom.), obwohl der Retter bereitstand. (Lachen links.) Das Wohl und Wehe des Vaterlandes muß die einzige Richtschnur unseres Denkens und Handelns sein. Vorteil und Wunsch des einzelnen, oder einer Gesellschaftsschicht oder einer politischen Partei oder gar einer auswärtigen Macht dürfen dabei ganz und gar keine Rolle spielen. Gleichgültig, ob er von Dauer ist oder ob er in scherzhafter Anwendung des Artikels 1 der Reichsverfassung, „Die Staatsgewalt geht vom Volke aus", bald wieder aufgelöst wird, muß der Reichstag vor allem an eins denken: Ans Vaterland! (Lebhafter Beifall bei den Nationalsozialisten, erneute Rufe bei den Kom.: Ihr habt Südtirol verraten!)

Darauf nimmt der provisorische Schriftführer, Abg. **Laverrenz** (Dntl.) den **Namensaufruf** zur Feststellung der Beschlußfähigkeit des Hauses vor. Beim Namensaufruf meldet sich Abgeordneter Buchmann nicht. Die Kommunisten rufen: „Der sitzt im Gefängnis!" Nach dem Namensaufruf wird das Schreiben verlesen, in dem Reichskanzler von Schleicher seine Ernennung und die Zusammensetzung der neuen Regierung mitteilt. Weiter werden die eingegangenen Vorlagen und Verordnungen bekanntgegeben.

Der Alterspräsident teilt mit, daß nach der Zählung **566 Abgeordnete anwesend** sind, das Haus also beschlußfähig ist.

Die Abgeordneten Dr. Frick (NS.) und Torgler (Kom.) beantragen, die in Haft befindlichen nationalsozialisten Abgeordneten Keller, Gretzesch und die kommunistischen Abgeordneten Maddalena, Buchmann und Thom freizulassen. Abgeordneter Torgler beantragt weiter die Aufhebung der Burgfriedens-Notverordnung. Abg. Dittmann (Soz.) stimmt der Haftentlassung der drei Kommunisten zu und richtet an die Nationalsozialisten die Frage, ob es richtig sei, daß die Abgeordneten, deren Freilassung sie fordern, wegen Totschlags und Bombenlegerei im Gefängnis sitzen. Diese Fälle müßten erst dem Geschäftsordnungsausschuß überwiesen werden.

Abg. Dr. Frick (NS.) erklärt, nach dem Widerspruch des Abgeordneten Dittmann gegen die sofortige Haftentlassung der Nationalsozialisten widerspreche er auch der sofortigen Haftentlassung der Kommunisten. (Lärm links.)

Alterspräsident von Litzmann erklärt: Wir kommen nun

zur Wahl des Präsidenten.

Die Kommunisten unterbrechen ihn lärmend mit dem Ruf: „Sie müssen erst unsere weiteren Anträge zur Abstimmung stellen!"

Abg. Dr. **Frick** (NS.) schlägt den Abgeordneten **Göring** zum Reichstagspräsidenten vor. Abg. **Steinhoff** (Dntl.): Trotz unserer Bedenken gegen die Person des Abg. Göring würden wir für ihn stimmen, wenn die Nationalsozialisten ihre Bedenken gegen .... Der Schluß des Satzes geht unter in den lärmenden Rufen der Kommunisten: „Wir verlangen Abstimmung!"

Abg. **Steinhoff** hatte erklärt: Trotz der Bedenken unserer Fraktion gegen Herrn Göring hätten wir ihm unsere Stimme gegeben, wenn die Nationalsozialisten nicht deutlich angekündigt hätten, daß sie gegen den Kandidaten der deutschnationalen Fraktion, Abg. Gräf, stimmen würden. Wir schlagen daher vor, den Abgeordneten Gräf zum Reichstagspräsidenten zu wählen.

Abg. **Dittmann** (Soz.) erklärt, seine Freunde könnten zum Reichstagspräsidenten nicht den Vertreter einer antiparlamentarischen Partei wählen. Er schlägt als Gegenkandidaten den Abgeordneten Löbe vor.

Abg. **Rädel** (Kom.) schlägt den Abgeordneten Torgler vor. In der Stichwahl würden aber die Kommunisten für Löbe stimmen. (Hört, hört!), obwohl sie den Sozialdemokraten nach wie vor die Hauptschuld an der Stärkung des Faschismus beimäßen.

Der Alterspräsident läßt hierauf die Wahl des Reichstagspräsidenten in Form des Hammelsprungs vornehmen.

Die Abgeordneten verlassen den Saal und geben beim Wiedereintritt ihre Stimmkarten ab. Zur Wahl steht außer dem Abgeordneten **Göring**, **Löbe** und **Torgler** auch der Abgeordnete **Gräf**.

Bei der Präsidentenwahl erhielt Abgeordneter **Göring** (NS.) **279 Stimmen.** Bei der Wahl des Präsidiums hatten erhalten: Löbe (Soz.) 120, Torgler (Kom.) 92 und Gräf (Dntl.) 51 Stimmen.

Abg. Göring ist somit im ersten Wahlgang zum Reichstagspräsidenten gewählt, da die absolute Mehrheit 273 Stimmen beträgt.

Die Nationalsozialisten begrüßen mit lauten Heil-Rufen die Verkündung des Wahlergebnisses und dann den Präsidenten Göring, als er den Präsidentensitz einnimmt.

Präsident Göring

dankt zunächst dem Alterspräsidenten von Litzmann, der als Sieger des Weltkriegs jetzt in ungebrochener Frische der Volksvertretung diene. Die deutsche Volksvertretung sei in letzter Zeit herabgewürdigt worden. Man habe von überlebtem Parlamentarismus gesprochen im Gegensatz zu einer autoritären Staatsführung. Auch wir sind gegen eine überlebte Parteiherrschaft, aber die Regierung hat alles getan, um den Begriff der Autorität gründlich zu zerstören. Der Kuhhandel der letzten Wochen steht einzig da, und selbst alte, erprobte Parlamentarier könnten vor Neid blaß werden, wenn sie an diesen Kuhhandel unter der autoritären Staatsregierung denken. (Heiterkeit und Beifall.) Wir brauchen eine autoritäre Staatsführung, aber sie muß der Verfassung gemäß sich stützen auf die Kraft des deutschen Volkes und nicht auf die Bajonette, denn Bajonette sind zu allem möglichen gut, aber nicht um darauf zu sitzen. (Beifall.) Wir bedauern, daß durch die Ernennung des Wehrministers zum Reichskanzler unsere kleine aber ausgezeichnete Reichswehr in den Streit der Parteien hineingezogen wird. Niemals darf unsere Wehrmacht dazu benutzt werden, um im Innern als Polizei gebraucht zu werden. (Beifall und Hört, hört!) Mit dem Artikel 48 wird jetzt so regiert, daß der reine Absolutismus an der Tagesordnung ist. Wenn man der Volksvertretung das Recht nehmen will, durch ein Mißtrauensvotum eine Regierung zu stürzen, so ist das niemals mit der Verfassung vereinbar. Man mag zur Auflösung des Reichstages jedesmal andere Gründe heranziehen um dem Buchstaben der Verfassung zu genügen, aber dem Geiste der Verfassung entspricht dieses Verfahren nicht. (Beifall.) Nach der Verfassung geht die Staatsgewalt vom Volke aus und darum hätte mit der Staatsführung Adolf Hitler betraut werden müssen hinter dem ein Drittel des ganzen Volkes steht. (Unruhe bei den Kom.) Ich trete mein Amt an als Dienst am deutschen Volke. (Beifall bei den Natsoz.)

Für die nun folgende Wahl des **ersten Vizepräsidenten** schlägt Abg. Dr. Frick (NS.) den Abg. Esser (Z.) vor. Abg **Löbe** (Soz.): Wir schließen uns diesem ausgezeichneten Vorschlag an. Wir hoffen dabei, dem Herrn Reichstagspräsidenten Göring eine Hilfe zur Seite zu stellen für seine Bemühungen um die Parlamentsrechte und um die Verfassung von Weimar. (Heiterkeit.) Von den Kommunisten wird der Abg. Torgler vorgeschlagen.

Zum ersten Vizepräsidenten wird der Abgeordnete Esser (Z.) gewählt mit 445 Stimmen. Auf den Abgeordneten Torgler (Kom.) fielen 93 Stimmen.

Zur Wahl des **zweiten Vizepräsidenten** schlagen die Sozialdemokraten den Abgeordneten Löbe, die Nationalsozialisten den Abgeordneten Rauch (BVp.), die Deutschnationalen den Abgeordneten Gräf und die Kommunisten den Abgeordneten Torgler vor.

Die Wahl ergibt für den **Abgeordneten Rauch** (BVp.) 195, für den Abg. Löbe (Soz.) 198, Gräf (Dntl.) 53 und Torgler (Kom.) 93 Stimmen. Demnach hat keiner der Kandidaten die absolute Mehrheit und es muß **Stichwahl** zwischen den Abgeordneten Rauch und Löbe stattfinden. In der Stichwahl wird **Abg. Rauch** (BVp.) **mit 255 Stimmen zum zweiten Vizepräsidenten gewählt.** 202 Stimmen fielen auf den Abg. Löbe (Soz.). Nunmehr wird auch die Wahl des **dritten Vizepräsidenten** vorgenommen. Hierzu werden vorgeschlagen: von den Nationalsozialisten Abg. Dr. Hugo (DVp.), von den Sozialdemokraten Abg. Löbe (Soz.), von den Deutschnationalen Abg. Gräf (Dntl.) und von den Kommunisten Abg. Torgler. Es muß Stichwahl zwischen Hugo (DVp.) und Löbe (Soz.) stattfinden. Bei der Stichwahl entfallen auf jeden Kandidaten 205 Stimmen, so daß das Los entscheiden muß. Der amtierende Vizepräsident Esser gibt unter allgemeiner Heiterkeit bekannt, daß er das Los des Abg. Hugo gezogen habe, der damit zum dritten Vizepräsidenten gewählt wurde. Die **amtliche Nachzählung** des Abstimmungsergebnisses bei der Wahl des dritten Vizepräsidenten hat ergeben, daß auf den Abgeordneten Hugo (DVp.) nur 204 und auf den Abgeordneten **Löbe (Soz.) 205 Stimmen** entfallen. Abgeordneter Löbe (Soz.) ist domit **zum dritten Vizepräsidenten** gewählt.

Hierauf wählte das Haus die Schriftführer, Mitglieder für den Auswärtigen Ausschuß und den Ueberwachungsausschuß, die sich am Mittwoch konstituieren sollen.

Abg. **Torgler** (Kom.) beantragt noch einmal die **Haftentlassung** der in Haft befindlichen drei kommunistischen Abgeordneten. Abg. Dr. Frick (NS.) erklärte, er werde der sofortigen Abstimmung nicht widersprechen, wenn sie zugleich auch für die beiden nationalsozialistischen Abgeordneten gelte. Widerspruch wird diesmal nicht erhoben und die **Haftentlassung der fünf Abgeordneten wird mit den Stimmen der Nationalsozialisten und Kommunisten beschlossen.**

Damit ist der Arbeitsstoff der ersten Sitzung erledigt. Die nächste Sitzung soll nach dem Vorschlag des Vizepräsidenten Esser am **Mittwoch** nachmittag 2 Uhr stattfinden. Auf der Tagesordnung soll nach seinem Vorschlag stehen der Gesetzentwurf über **die Vertretung des Reichspräsidenten**, Anträge auf Aenderung der Notverordnung vom 4. September, Amnestieanträge und Anträge auf Winterhilfe und Arbeitsbeschaffung.

Abg. **Löbe** (Soz.) beantragt, auch die Entgegennahme der Regierungserklärung und die Anträge auf Abschaffung der Sondergerichtsbarkeit auf die Tagesordnung zu setzen.

Abg. **Torgler** (Kom.): Die Kommunisten verlangen, daß schon morgen die Anträge auf Aufhebung aller Notverordnungen und die Mißtrauensanträge gegen das Kabinett Schleicher auf die Tagesordnung gesetzt seien.

Abg. **Breitscheid** (Soz.) widerspricht dem kommunistischen Verlangen, morgen schon über den Mißtrauensantrag abzustimmen. Die neue Regierung habe einen Anspruch darauf, mit ihrem Programm gehört zu werden. Dem neuen Kabinett stehen auch die Sozialdemokraten mit großem Mißtrauen gegenüber, zumal die Ernennung von Dr. Bracht zum Innenminister erkennen läßt, daß der bisherige Kurs fortgesetzt werden soll.

In der nun folgenden **Abstimmung** wird der kommunistische Antrag, das **Mißtrauensvotum** schon morgen auf die Tagesordnung zu setzen, mit allen Stimmen gegen die der Kommunisten **abgelehnt.** Die Kommunisten rufen: „Die Retter Schleichers!"

Gegen die Sozialdemokraten und Kommunisten wird auch der sozialdemokratische Antrag auf **Regierungsprogramm-Debatte abgelehnt.** Es bleibt bei dem Vorschlag des Präsidiums.

Schluß der Sitzung gegen 8 Uhr abends.

*

Reichstag auf Mittwoch 14 Uhr vertagt. — Kampfantrag der S.P.D. abgelehnt.

T.U. **Berlin**, 6. Dez. Nach der Wahl des Präsidiums fand eine längere Geschäftsordnungsaussprache über die Festsetzung des Tagesordnung für die Mittwochsitzung des Reichstages statt. Ein kommunistischer Antrag, die Mißtrauensanträge gegen die Reichsregierung auf die Tagesordnung zu setzen, wurde gegen die Antragsteller abgelehnt. Auch ein sozialdemokratischer Antrag, die Entgegennahme einer Regierungserklärung auf die morgige Tagesordnung zu setzen, wurde abgelehnt und zwar gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und Kommunisten. Die Nationalsozialisten haben sich damit die in dem Antrag der S.P.D. zum Ausdruck gekommene Kampfforderung für morgen gegen die Regierung nicht zu eigen gemacht.

Der Reichstag wird sich am Mittwoch daher nur mit den Gesetzentwürfen über die Stellvertretung des Reichspräsidenten und die Aenderung des sozialpolitischen Teils der Notverordnung vom 4. September, ferner mit Anträgen zur Amnestie, Arbeitsbeschaffung und Winterhilfe beschäftigen.

Freitag Entscheidung über eine längere Vertagung des Reichstages.

T.U. **Berlin**, 6. Dez. Der Aeltestenrat des Reichstages trat am Dienstag abend nach der Vollsitzung zu seiner ersten Sitzung zusammen. Es wurde die Geschäftslage des Reichstages besprochen und die Redezeit für die Vorlagen bestimmt, die auf der Tagesordnung der Mittwochsitzung stehen. Der Donnerstag bleibt wegen des katholischen Feiertages sitzungsfrei. Am Freitag sollen die drei Lesungen der zur Beratung stehenden Gesetzentwürfe erfolgen. Am Schlusse der Freitagsitzung wird über eine mögliche längere Vertagung entschieden werden.

Bezüglich der Wahl des dritten Vizepräsidenten nahm der Aeltestenrat von dem bereits gemeldeten veränderten Zählergebnis Kenntnis, wonach auf den Abg. Löbe 205 und auf den Abg. Dr. Hugo nur 204 Stimmen entfallen. Dieses Ergebnis wird aber noch einmal sorgfältig nachgeprüft. Das endgültige amtliche Prüfungsergebnis wird dann zu Beginn der Mittwochsitzung des Reichstages mitgeteilt werden. Es scheint aber schon jetzt festzustehen, daß Abg. Löbe gewählt ist.

In der Sitzung des Aeltestenrats brachte ferner der Abg. Steinhoff (Dtn.) die alte deutschnationale Forderung vor, der deutschnationalen Fraktion die äußersten Sitze auf dem rechten Flügel des Sitzungssaales einzuräumen. Präsident Göring lehnte es aber ab, diese Frage erneut zu erörtern.

*

Die Reichsregierung will Vorschläge in der Amnestie- und Winterhilfe-Frage machen. — Mitteilungen im Aeltestenrat.

T.U. **Berlin**, 6. Dez. In der Sitzung des Aeltestenrates des Reichstages hat, wie noch nachzutragen ist, die Reichsregierung mitteilen lassen, daß sie selbst bereits erörtert habe, was in der Frage der Amnestie und hinsichtlich einer Winterhilfe geschehen könne. Die Reichsregierung beabsichtige, Vorschläge für diese beiden Angelegenheiten zu machen. Auf die Frage, innerhalb welcher Zeit diese Vorschläge zu erwarten seien, habe der Vertreter der Reichsregierung eine endgültige Auskunft noch nicht geben können, insbesondere auch nicht darüber, wie sich die Regierung die Durchführung dieser Absichten denke, wenn es zu einer Vertagung des Reichstages komme, die als feststehende Tatsache doch bereits jetzt angesehen werden müsse. Es bestehe allerdings in einem solchen Falle die Möglichkeit, daß die Verabschiedung der Winterhilfe im Wege der Notverordnung geschehen könne. Daß allerdings die Erledigung eines Amnestiegesetzes ohne die Mitwirkung des Reichstages nicht geschehen könne, habe der Vertreter der Reichsregierung zugegeben.

Außerordentliche Völkerbundsversammlung

Genf, 6. Dez. Die außerordentliche Völkerbundsversammlung nahm unter dem Vorsitz des belgischen Außenministers Hymans ihre Arbeiten wieder auf. Auf der Tagesordnung steht außer dem **chinesisch-japanischen Konflikt** auch die Wahl des bisherigen stellvertretenden Generalsekretärs Avenol zum Generalsekretär des Völkerbundes. Der **chinesische Delegierte** Dr. Yen wiederholte in einer längeren Rede den Antrag auf Feststellung, daß die Völkerbundssatzung durch Japan gebrochen sei. Er forderte ferner die Auflösung der Mandschukuo-Regierung, die Zurückziehung der japanischen Truppen zunächst in die sogenannte Eisenbahnzone und spätere Räumung dieser Zone. Die von Japan vor einem Jahre gewünschten direkten Verhandlungen unter militärischem Druck seien nicht nur für China, sondern auch für den Völkerbundsrat unannehmbar gewesen. Solange Japan den Mandschustaat als unantastbar erkläre, sei die von Japan erwartete Schlichtung nicht möglich.

Der **japanische Delegierte** Matsuoka erklärte, die systematische Fremdenfeindschaft und die vom Bolschewismus beeinflußten sogenannten revolutionären Grundsätze der Außenpolitik in China sowie die Umtriebe der chinesischen Generale in der Mandschurei und der antijapanische Boykott hätten Japan zur Notwehr gezwungen. Bei dem gegenwärtigen Aufbau und Ziel des Völkerbundes habe Japan von dieser Seite keinen Schutz erwarten können.

Im übrigen ging neben den grundsätzlichen Erklärungen der beiden Delegierten eine Polemik über gewisse Greuelmeldungen eines ostasiatischen Korrespondenten der Hearst-Presse einher.

*

Der Konflikt zwischen Bolivien und Paraguay
Entsendung einer Völkerbundskommission

Genf, 6. Dez. Zum zweiten Male in seiner gegenwärtigen Tagung verhandelte der Völkerbundsrat über den Konflikt zwischen Bolivien und Paraguay. Auf Vorschlag des Ratspräsidenten wurde **beschlossen, möglichst bald eine unparteiische Kommission mit ausgedehnten Vollmachten zur Begutachtung des Konflikts an Ort und Stelle zu entsenden.** In einer längeren Aussprache ergab sich, daß die beiden streitenden Staaten grundsätzlich mit der Entsendung einer solchen Kommission einverstanden sind. Der Vertreter Boliviens erklärte sich mit einer sofortigen vorbehaltlosen Waffenruhe einverstanden, während der Vertreter Paraguays geltend machte, daß sein Land widerrechtlich überfallen worden sei und infolgedessen keinen bloßen Waffenstillstand annehmen könne, sondern Sicherheit gegen eine spätere Wiederaufnahme der Feindseligkeiten verlangen müsse.

Abonniert das „Durlacher Tageblatt"

Um ein Kinderherz

Roman von Klothilde von Stegmann-Stein

Copyright by Martin Feuchtwanger Halle (Saale)

[35

Edith hatte eine ganze Weile im Korridor gewartet. Das Mädchen war mit den zierlich angerichteten Platten an ihr vorüber ins Eßzimmer gegangen, nicht ohne einen bösen und lauernden Blick auf Edith zu werfen. Sie hatte der jungen Frau die Szene damals in Ralphs Kinderzimmer nicht verziehen. Um so mehr nicht, als am nächsten Tage Rechtsanwalt Weltner Babette in sein Zimmer gerufen und ihr kurz erklärt hatte, daß sie unweigerlich ihre Stellung hier im Hause verlieren würde, wenn sie noch ein einziges Mal den kleinen Ralph einsperren würde.

Diese Drohung hatte Babette der jungen Frau nicht vergessen. Sie hatte seitdem einen unauslöschlichen Haß gegen Edith. Endlich kam Ina wieder zurück.

„Aber warum warten Sie denn hier, liebste Frau Bernheim? Wären Sie doch ins Speisezimmer gegangen, mein Verwandter hätte Ihnen doch inzwischen Gesellschaft leisten können. Darf ich bitten?"

Sie öffnete die Tür.

Bei ihrem Hereinkommen erhob sich ein junger, gut gewachsener Mann artig von dem Eßtisch, an dem er bereits Platz genommen hatte. „Ein Verwandter von mir — Herr von Dubian!" stellte Ina Hartwig vor. „Frau Edith Bernheim, die so tüchtige Mitarbeiterin meines Vetters Weltner!"

Ediths Verwunderung wuchs. Bisher hatte Ina immer in ziemlich absprechendem Ton von ihr als von der Stenotypistin gesprochen, und zwar so, daß auch Edith es hören mußte. Warum auf einmal diese Freundlichkeit und Anerkennung?

Ediths scheues Gemüt wurde durch diese Veränderung ganz verwirrt, nur ihr Verstand registrierte diese Wandlung mit mißtrauischem Instinkt.

Aber es blieb ihr nicht viel Zeit, sich weitere Gedanken zu machen, denn schon beugte sich Fritz von Dubian ehrfurchtsvoll über ihre Hand, als wäre sie eine Dame seiner Kreise und schob ihr auf Inas Wink den bequemen eichenen Lehnstuhl neben sich.

„Bitte, nehmen Sie Platz, Frau Bernheim!" forderte Ina liebenswürdig auf. „Fritz, du hier, ja bitte!"

Dann wandte sie sich zu Babette, die mit der Vorspeise wartend dastand und sie ihr reichen wollte.

„Nein, bitte zuerst unserem Gast!" befahl sie.

In peinlicher Verlegenheit wehrte Edith ab: „Aber ich bitte Sie, gnädige Frau, wollen Sie sich nicht zuerst bedienen?"

Aber Frau Ina gab der vollkommen fassungslosen Babette einen energischen Wink, und Babette mußte ihre Schüssel mit der Vorspeise Edith wohl oder übel zuerst reichen.

Was war denn heute nur in die Gnädige gefahren, dachte Babette bei sich, daß sie diese hochnäsige Person, die Edith Bernheim, behandelte, als wäre sie eine Prinzessin?

Ja, die Herrschaften hatten eben ihre Launen: einmal wollten sie einen Menschen am liebsten umbringen, und einmal taten sie ihm schön — man konnte sich in ihnen nicht auskennen.

Ehe Edith noch ein Wort des Einwandes sagen konnte, hatte Fritz von Dubian ihr von dem schweren Rotwein eingeschenkt, der in einer schön geschliffenen Kristallkaraffe auf dem Tische neben der Vase mit den gelben Chrysanthemen stand.

„Ich danke, Herr von Dubian!" wehrte Edith erschrocken ab. „Ich muß hinterher noch arbeiten und darf keinen Wein trinken. Sonst werde ich zu müde."

Fritz von Dubian lächelte mit seinem schönen, sorglosen Gesicht.

Er beugte sich ein wenig zu Edith, ein wenig zu nahe, und meinte:

„Man muß nicht immer an die Arbeit denken, verehrte gnädige Frau, man muß ja schließlich auch einmal einen einzigen Augenblick Mensch sein, besonders wenn man eine junge — und reizende Frau ist wie Sie."

Er hob sein Glas wie in einer impulsiven Huldigung gegen Edith. Die sah ihn befremdet an. Was für einen Ton hatte denn dieser Mann, und was fiel ihm ein, ihr solche deutlichen Schmeicheleien zu sagen? Wäre sie nicht hier als Angestellte in den Familienkreis gezogen worden, wäre sie ihm gesellschaftlich irgendwo begegnet, sie hätte ihn trotz ihrer Schüchternheit zurechtgewiesen. Hier konnte sie es leider nicht. Doch ein abweisender Zug glitt über ihr zartes, liebliches Gesicht, den Ina sehr wohl bemerkte. Geschickt fiel sie ein:

„Sie müssen meinem kleinen Vetter nichts übelnehmen, Frau Bernheim; er ist immer ein bißchen übermütig und sagt gerade heraus, was er denkt. Aber langen Sie doch bitte zu!"

Sie legte Edith trotz ihres Sträubens zum zweiten Male von der Schüssel auf, die Babette reichte.

„Sie müssen ordentlich essen, wenn Sie hinterher noch so viel arbeiten wollen."

„Weltner muß ja eine enorme Praxis haben", meinte Fritz und sah Edith prüfend an. „Wenn Sie sogar des Abends so viel zu tun haben — oder ist es etwas Besonderes, daß jetzt so mit Hochdruck gearbeitet wird?"

Edith schüttelte den Kopf. Sie wußte nicht, was sie antworten sollte. Sie hatte ein sehr strenges Bewußtsein der Schweigepflicht hinsichtlich der ihr anvertrauten Arbeiten.

Aber schon warf Ina Hartwig harmlos in die Debatte: „Natürlich ist es jetzt etwas Besonderes. Mein Vetter erzählte mir von irgendeiner Patentangelegenheit, die sehr schnell erledigt sein müßte, weil der Termin in nächster Zeit stattfände — aber das interessiert dich doch wohl nicht, lieber Fritz."

„Nein, ganz und gar nicht!" meinte Fritz von Dubian. Er schien ein leises Gähnen zu unterdrücken.

„Ich habe für Juristerei genau so viel Verständnis wie — entschuldigen Sie, gnädige Frau, den rauhen Vergleich —, wie der Esel vom Seiltanzen." (Forts. folgt.)